

Karimow macht sauber

Auf den „blutigen Freitag“ folgen Repression und Verhaftungen. Ausserhalb von Andischan wurden Massengräber entdeckt.

Christian Weisflog

Nur wenige Tage nach der blutigen Niederschlagung der Massenproteste in der usbekischen Stadt Andischan (350'000 Einwohner) im östlichen Fergana-Tal am Freitag den 13. Mai, an dem möglicherweise bis zu Tausend Menschen – darunter Frauen und Kinder - von den Kugeln der Sicherheitskräfte getötet wurden, ist das Thema abrupt von den Seiten und Kanälen internationaler Medien verschwunden. Das ist kein Zufall: Während der usbekische Präsident Islam Karimow eine internationale Untersuchung der Ereignisse strikte ablehnt, versucht er mit systematischen Verhaftungen und Repression einen dicken Mantel des Schweigens um den wahren Hergang der Dinge zu legen.

Bespitzelung und Einschüchterung

„In Andischan betreiben die Geheimdienste eine totale Bespitzelung und Einschüchterung jener Leute, deren Verwandte durch Soldaten getötet oder die Zeugen solcher Tötungen wurden“, berichtet freeuz.org – die Webseite des usbekischen Komitees für Redefreiheit. Zeugen und Opfer werden mundtot gemacht. Aus Angst vor neuen Protesten wurden derweil in ganz Usbekistan Menschenrechtsaktivisten verhaftet oder unter Hausarrest gestellt. Am vergangenen Sonntag nahm die Polizei zudem 50 Aktivisten der nicht registrierten Oppositionspartei „Birlik“ (Einheit) in Gewahrsam, die in der Hauptstadt Taschkent zum Parteitag und einer Protestkundgebung zusammenkommen wollten.

Zu den prominentesten Opfern der Festnahmen zählt Saidschahon Sainabitdinow, Aktivist aus Andischan, der die blutigen Ereignisse gegenüber internationalen Medien als Genozid verurteilte und eine weit höhere Opferzahl nannte als die von der Regierung bekannt gegebenen 169. In den Fängen der Staatsgewalt befindet sich auch Bachtjor Rachimow - der mutmassliche Anführer des Aufstandes in der usbekisch-kirgisischen Grenzstadt Kara-Su. Die Einwohner der Kleinstadt hatten am 14. Mai sämtliche Sicherheitskräfte und Beamte verjagt und die auf Karimows Geheiss vor zwei Jahren zerstörte Brücke über den Grenzfluss nach Kirgisien wieder aufgebaut. Endlich konnten die Menschen wieder ihre Verwandten vom anderen Ufer treffen und den Grenzhandel wieder aufnehmen. Doch nach fünf Tagen der absoluten Freiheit kehrte das Militär am 19. Mai in die Stadt zurück. Die Brücke bleibt aber vorderhand geöffnet.

Mediale Stimmungsmache

Während das Regime kritische Stimmen zum Schweigen bringt, benützt es die unter totaler staatlicher Kontrolle stehenden Medien zur Stimmungsmache in eigener Sache. So schreibt etwa die Prawda Wostoka im Artikel „Zur Verteidigung der Souveränität des usbekischen Volkes“: „In Verbindung mit den Ereignissen in Andischan, geht das usbekische Volk durch eine schwere Prüfung, herbeigeführt durch heimische religiöse Fanatiker und ihre ausländischen Sponsoren. Opfer und Betrogene dieser Personen, die im Land den totalen Terror sähen wollen, sind die friedlichen Bürger von Andischan.“ Mit den „ausländischen Sponsoren“, so wird später im Artikel deutlich, sind vor allem die westlichen Nichtregierungsorganisationen und namentlich die „Open Society Foundation“ von George Soros gemeint. Soros würde auch die regimekritische Internetplattform fergana.ru unterstützen, deren Redaktoren im Artikel vorgeworfen wird, „Mutter Heimat zu verkaufen“. Aber Geld stincke ja bekanntlich nicht, selbst wenn es mit dem Blut von dutzenden Menschen getränkt sei, an deren Schicksal auch solche „Väter der freien Rede“ Schuld hätten, fährt der

Text fort. Den westlichen Medien wird zudem vorgeworfen, einen Informationskrieg gegen Usbekistan zu führen.

Was geschah in Andischan?

Was aber trug sich wirklich zu am Freitag dem 13. Mai – islamistischer Terror oder Volksaufstand? Präsident Islam Karimow machte in seiner Fernsehansprache am 14. Mai „Banditen und Terroristen“ verantwortlich, die zu der verbotenen islamistischen Partei Hizb ut-Tahrir gehörten, die in Usbekistan ein Kalifat unter islamischem Recht errichten möchte. Diese hätten in der Nacht zum 13. Mai eine Polizeistation und eine Militärbasis überfallen, sich bewaffnet und anschliessend mehrere hundert Häftlinge – darunter auch 23 Geschäftsleute, die wegen Zugehörigkeit zur verbotenen islamischen Bewegung Akramija vor Gericht standen – aus einem Gefängnis befreit. Menschenrechtsaktivisten und Augenzeugen berichten jedoch, dass Verwandte und ehemalige Angestellte der 23 inhaftierten Geschäftsleute aus Unmut über das in ihren Augen ungerechtfertigte Gerichtsverfahren das Gefängnis gestürmt hätten.

Die angeklagten Unternehmer verneinen jeglichen Extremismus. Sie hätten lediglich versucht, islamische Prinzipien in ihre Geschäftstätigkeit zu integrieren. Mamudschan Kurbonow, einer der Angeklagten, erklärte am 8. Mai in einem Interview mit der Deutschen Welle, er sei unter Androhung von Gewalt gegen ihn und seine Familie gezwungen worden, ein Geständnis zu unterschreiben.

Nach der Befreiung der Häftlinge besetzten die Aufständischen das Gebäude der Gebietsadministration. Sie forderten die Freilassung aller politischer Gefangenen in Usbekistan – laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch rund 8000 Personen. Als sich die Nachricht darüber verbreitete, gingen die Bürger Andischans zu Tausenden auf die Strasse, um für bessere Lebensbedingungen zu demonstrieren. Ein Redner nach dem anderen sprach über Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption und Menschenrechtsverletzungen. „Wir demonstrierten für ein würdevolles Leben, denn das Leben ist unerträglich geworden“, meinte Gulnosa, eine nach Kirgisien geflüchtete Usbekin, gegenüber Radio Liberty. Nachdem das Regime die Forderungen nach der Befreiung der politischen Gefangenen abgelehnt hatte, fielen die Schüsse. Obwohl Karimow bestreitet, den Schussbefehl erteilt zu haben, berichten Augenzeugen, dass die Sicherheitskräfte aus Panzerwagen heraus das Feuer auf die Menge eröffnet hätten. Unter den Demonstranten sei niemand bewaffnet gewesen. „Ich duckte mich. Die Kugeln zischten über mich. Ich schaute und sah, wie eine Kugel ein Kind hinter mir in den Kopf traf. Sein Gehirn zerplatzte in alle Richtungen. Wir waren mit Gehirn und Blut bedeckt“, erzählte eine Augenzeugin Radio Liberty.

Karimow in der Sackgasse?

Der 67-jährige Karimow, der seit gut 15 Jahren über eines der totalitärsten Regime unserer Zeit herrscht, hat sich offensichtlich entschlossen, den bereits seit einiger Zeit eingeschlagenen Weg in die Isolation weiter zu gehen. Eine von den USA, der EU und der UNO geforderte unabhängige Untersuchung lehnt er strikte ab. Am 25. Mai reiste Karimow zu einem Staatsbesuch nach China, um sich der Unterstützung der Volksrepublik – einem ständigen Mitglied im UNO-Sicherheitsrat mit Vetorecht – im Kampf gegen den Terrorismus zu versichern. Im Reich der Mitte, das 1989 eine demokratische Bewegung ebenfalls blutig niederschlug, hat Karimow noch Freunde. Auch Russland, das wohl auf einen Bruch zwischen den USA und Usbekistan hofft, hat dem zentralasiatischen Diktator seine Gunst noch nicht entzogen, ebenso wie die Nachbarstaaten Tadschikistan und Kirgistan. Karimows Zukunft wird wohl entscheidend von der Entschlossenheit der Internationalen Gemeinschaft und insbesondere der USA, die in Usbekistan einen Militärstützpunkt unterhält, abhängen.

Allerdings kann auch die Lage im Land selbst leicht ausser Kontrolle geraten: „Die Menschen in Andischan hassen Karimow und ich denke, diese Gefühle verbreiten sich. Die aktuelle Situation in Usbekistan ist für Karimow sehr gefährlich und soziale Unruhen können durch kleinste Ereignisse entstehen“, so der Journalist Andrej Babitskij. Während das Regime immer noch von 170 Toten spricht, berichten Einwohner von Andischan über die Entdeckung von Massengräbern ausserhalb der Stadt. Die Person, welche Reporter von Radio Liberty zu den Gräbern führte, sei tags darauf erstochen worden.